Ä2 Wir sind APO, nicht apolitisch!

Antragsteller*in: Felix Kalbe (LV Grüne Jugend Thüringen)

Änderungsantrag zu A12

Von Zeile 4 bis 42:

Die Bundesregierung rückt migrationspolitisch weiter nach rechts und übernimmt rassistische Framings. Arbeitspflicht und Bezahlkarte sind kein Tabu, sondern mehrheitsfähig geworden – gleichzeitig sind diese Maßnahmen keineswegs eine neue Idee von AfD und CDU sind, sondern seit Jahrzehnten gesetzlich legale Möglichkeiten, die auf systematischem Rassismus beruhen. Das Versprechen der Klimagerechtigkeit rückt in weite Ferne: Statt Wohlhabende endlich höher zu besteuern und Lohnarbeiter*innen zu entlasten, wird versucht die Kindergrundsicherung und das Bürgergeld als Erfolg zu verkaufen. Die Schuldenbremse trifft uns als junge Generation besonders hart - Einsparungen in der Jugendarbeit, ein riesiger Investitionsstau in Bildung, Integration, Gesundheitssystem und eigentlich überall sind ihre Folgen.

Thüringen steht aktuell vor einer erneuten politischen Krise.

Seit der Landtagswahl ist eine stabile Regierungsbildung so gut wie unmöglich geworden. Die konstituierende Sitzung des Landtages zeigt wie die AfD jetzt schon ihre Machtoptionen nutzt um unsere Heimat Thüringen und das vertrauen in die Demokratie zu zerstören. Die sich nun bildende Brombeer-Koalition scheint jetzt schon aufgrund ideologischer Grabenkämpfe auf wackligen Beinen zu stehen. Dabei sollten wie uns gar nicht erst die Illusion machen, dass grüne und linke Politik thematisch einen Platz bekommen wird. Deshalb sollten wir gemeinsam und entschlossen mit Büdnis90/Die Grünen für eine grüne und sozialgerechte Poltik kämpfen.

Die Bundesregierung rückt migrationspolitisch weiter nach rechts und übernimmt rassistische Framings. Arbeitspflicht und Bezahlkarte sind kein Tabu, sondern mehrheitsfähig geworden – gleichzeitig sind diese Maßnahmen keineswegs eine neue Idee von AfD und CDU sind, sondern seit Jahrzehnten gesetzlich legale Möglichkeiten, die auf systematischem Rassismus beruhen. Das Versprechen der Klimagerechtigkeit rückt in weite Ferne: Statt Wohlhabende endlich höher zu besteuern und Lohnarbeiter*innen zu entlasten, wird versucht die Kindergrundsicherung und das Bürgergeld als Erfolg zu verkaufen. Die Schuldenbremse trifft uns als junge Generation besonders hart-Einsparungen in der Jugendarbeit, ein riesiger Investitionsstau in Bildung, Integration, Gesundheitssystem und eigentlich überall sind ihre Folgen.

Thüringen steht aktuell vor einer neuen Landesregierung aus CDU, BSW und SPD – einer sogenannten Brombeer-Koalition. Damit werden zum einen wichtige umwelt- und klimapolitische Maßnahmen der letzten RRG-Regierung gefährdet – sei es der Ausbau der erneuerbaren oder Fortschritte im ÖPNV. Zum anderen ist das aktuelle Sondierungspapier voll mit diskriminierenden Maßnahmen, während man vergeblich nach echten Lösungen auf Klima-, Bildungs- oder Demokratiekrise sucht. Dem Klimaschutz wird ein (!) Satz gewidmet, die Lösungen für Bildungsungerechtigkeiten sollen ein Weiter-So in der Gestaltung des Schulsystems und umfassendere Handyverbote sein.

Trotzdem flacht auch die Klimakrise nicht einfach ab und muss wieder in den Mittelpunkt der politischen Debatte gebracht werden. Thüringen ist das Bundesland, welches in Deutschland am stärksten vom Klimawandel betroffen sein wird und gleichzeitig wirtschaftlich sehr stark profitieren könnte. Gleichzeitig wird der Klimawandel wahrscheinlich keine Rolle in der neuen Koalition spielen und es wird weiter Politik vorbei an der Realität gemacht, während Extremwetter Existenzen und Menschenleben kosten. Als Beispiel: In Teilen Deutschlands ist bereits die Trinkwasserversorgung gefährdet. Thüringen steht dank einer guten Fernwasserversorgung nochgut da. Doch auch hier braucht

es Investitionen in Staudämme und Fernwasserleitungen, die durch eine Schuldenbremse verhindert werden.

Die Schuldenbremse gefährdet Leben!

Solidarität mit allen Arbeiter*innen und Antifas!

Trotzdem flacht auch die Klimakrise nicht einfach ab und muss wieder in den Mittelpunkt der politischen Debatte gebracht werden. Thüringen ist das Bundesland, welches in Deutschland am stärksten vom Klimawandel betroffen sein wird und gleichzeitig wirtschaftlich sehr stark profitieren könnte. Gleichzeitig wird der Klimawandel wahrscheinlich keine Rolle in der neuen Koalition spielen und es wird weiter Politik vorbei an der Realität gemacht, während Extremwetter Existenzen und Menschenleben kosten. Als Beispiel: In Teilen Deutschlands ist bereits die Trinkwasserversorgung gefährdet. Thüringen steht dank einer guten Fernwasserversorgung nochgut da. Doch auch hier braucht es Investitionen in Staudämme und Fernwasserleitungen, die durch eine Schuldenbremse verhindert werden.

Die Schuldenbremse gefährdet Leben!

Solidarität mit allen Arbeiter*innen und Antifas!